

(A) Anlage 5**Erklärung nach § 31 GO****der Abgeordneten Fritz Schösser und Horst Schmidbauer (Nürnberg) (beide SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Ladenöffnung an Samstagen****(Tagesordnungspunkt 15 a)**

Seit vielen Jahren setzen wir uns dafür ein, dass Menschen sich wohnortnah versorgen können, die Innenstädte attraktiv bleiben, Familienbetriebe und Einzelhändler eine Zukunftschance haben, sozialversicherungspflichtige Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätze erhalten bleiben und nicht einem ständigen Verdrängungswettbewerb durch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zum Opfer fallen, negative Auswirkungen auf die Beschäftigten im Einzelhandel durch eine kapazitätsorientierte, variable Arbeitszeit vermieden werden und Eltern Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren können.

Die neuerliche Reform des Ladenschlusses, die eine weitere Verlängerung der Ladenöffnungszeiten vorsieht, geht in die falsche Richtung. Deshalb lehnen wir eine weitere Lockerung der Ladenöffnungszeiten ab.

Anlage 6**Zu Protokoll gegebene Reden****zur Beratung der Anträge:**

- (B)**
- **Flächendeckende Versorgung mit Postdienstleistungen sicherstellen**
 - **Wettbewerbedingungen bei Vertrieb von Postdienstleistungen schaffen**

(Tagesordnungspunkt 14 und Zusatztagsordnungspunkt 4)

Ulrich Kelber (SPD): Lassen Sie uns zunächst die Gemeinsamkeiten in dieser Frage betonen: Dieses Parlament will quer durch alle Fraktionen eine günstige Post, eine kundenfreundliche Post, eine Post mit einem guten Service und vor allem auch eine ortsnahe Postversorgung. Dies alles war in den letzten Jahren weitgehend der Fall. Dazu haben die Postagenturen viel beigetragen.

Deswegen sieht dieses Parlament, sieht die SPD-Bundestagsfraktion die Debatte über die neuen Verträge für die Postagenturen mit Sorge. Damit das niemand falsch versteht: Wir sind überzeugt, dass die Liberalisierung der Post gute Preise und guten Service bei gleichzeitiger ortsnaher Versorgung erst möglich gemacht hat. Deswegen halten wir an der Liberalisierung fest und werden diesen Weg weiter gehen. Es gibt dazu keine seriöse Alternative.

Die Liberalisierung hat bereits erste Preissenkungen ermöglicht: Im Jahr 2003 wurde in Deutschland erstmals in der Geschichte das Briefporto gesenkt, nachdem die alte Kohl-Regierung 1997 das Porto noch einmal erhöht hatte. Inflationsbereinigt ist das Briefporto seit den 90er-

Jahren sogar sehr stark gesunken. Es waren übrigens auch die geringeren Kosten der Postagenturen gegenüber den Postfilialen, die dies möglich gemacht haben. **(C)**

Die Liberalisierung hat zu mehr Service geführt: Durch die Einführung der Postagenturen haben sich in vielen Fällen die Öffnungszeiten erweitert. In vielen Dörfern und kleinen Ortsteilen haben die Postagenturen die örtliche Nahversorgung stabilisiert, weil der Tante-Emma-Laden zusätzliche Kunden und Einnahmen gewonnen hat.

Die Liberalisierung hat zu mehr Kundenfreundlichkeit geführt: Früher hat die Post vermittelt, es sei eine Gnade, eine Briefmarke kaufen zu dürfen. Jeder hier wird sich an solche Szenen auf den Postämtern noch erinnern. Heute wird man als Kunde ernst genommen, gerade auch in den Postagenturen.

Das notwendige Gegenstück zur Liberalisierung ist die PUDLV: vorgeschriebene Qualität zu einem angemessenen und günstigen Preis. Denn der Markt allein kann zum Beispiel nicht dafür sorgen, dass eine ortsnahe Versorgung besteht. Der Markt allein kann auch nicht dafür sorgen, dass Postleistungen auf dem Land genauso preisgünstig angeboten werden wie in der Stadt. Deswegen ist die PUDLV notwendig.

Die PUDLV, 1999 beschlossen, schreibt der Post AG 12 000 Postfilialen und Postagenturen vor, übrigens 2 000 mehr, als noch die alte Kohl-Regierung wollte. Deswegen wurde die PUDLV 1999 von CDU/CSU und FDP auch abgelehnt. Ich betone das noch einmal: CDU/CSU und FDP haben 1999 abgelehnt, der Post eine hohe Anzahl von Postfilialen und Postagenturen vorzuschreiben. Viele der Postagenturen, über die wir heute sprechen, gäbe es überhaupt nicht, wenn CDU/CSU und FDP die Mehrheit im Bundestag hätten. **(D)**

Übrigens haben auch die Bundestagsabgeordneten von CDU/CSU und FDP, die sich jetzt dreist zu vermeintlichen Fürsprechern für die Postagenturen aufschwingen wollen, damals gegen eine vorgeschriebene Anzahl von Postfilialen und Postagenturen gestimmt.

Rainer Funke, FDP, hat am 4. November 1999 ausgeführt: „In diesem Sinne regelt die PUDLV einfach zu viel ... Ob es zweckmäßig ist, der Post AG im Einzelnen vorzuschreiben, wie viele stationäre Einrichtungen – und zwar Poststellen und Tante-Emma-Läden – vorhanden sein müssen, kann tunlichst bezweifelt werden.“ Das Protokoll vermeldet nach diesem Absatz Beifall der FDP und der CDU/CSU.

Wäre es nach der Opposition gegangen, dann hätten wir heute überhaupt kein Druckmittel mehr auf die Post AG in der Hand. Wir hätten keine stringente PUDLV. Nur über die PUDLV können wir Einfluss in der Frage der Postagenturen nehmen. Gut, dass wir diese Verordnung haben. Gut, dass wir von dieser Verordnung jetzt auch Gebrauch machen können.

Übrigens haben CDU/CSU und FDP in letzter Zeit grundsätzlich einen Eingriff der Bundesregierung in den geschäftlichen Betrieb von Telekom und Post abgelehnt. Das sei schuld am Sturz der Aktienkurse der beiden

- (A) Unternehmen, hat – wie so häufig glatt wahrheitswidrig – Herr Merz von der CDU behauptet. Er wollte sich bei den Kleinaktionären lieb Kind machen. Die Wahrhaftigkeit ist dabei auf der Strecke geblieben.

Heute legt diese CDU/CSU einen Antrag vor, wo die Bundesregierung zum genauen Gegenteil vom dem aufgefordert wird, was Merz, Merkel und Stoiber noch vor wenigen Wochen wollten, nämlich den direkten Eingriff der Bundesregierung in den geschäftlichen Betrieb der Post AG. Diese Form von Populismus finde ich peinlich. Er hilft den Betreibern der Postagenturen auch überhaupt nicht. Die Betreiber der Postagenturen werden von CDU/CSU missbraucht für Angriffe auf die Bundesregierung.

Dabei sind es die Postagenturen, um die es hier geht – und nicht die Interessen von CDU/CSU. Die Postagenturen benötigen unsere Hilfe. Und die werden Sie auch bekommen. Diese Hilfe ist schon unterwegs, nämlich in Form von zwei Drehschrauben für die Politik: Erstens prüft das Kartellamt bereits, ob die neuen Verträge ein Missbrauch von Marktmacht darstellen. Dies ist – das sollten wir dann auch dazusagen – keine Vorverurteilung der Deutschen Post AG. Wir fordern die Post AG auf, diese Prüfung abzuwarten.

Zweitens haben wir der Deutschen Post AG klar gemacht, dass wir ohne jeden Abstrich an der Forderung der PUDLV nach 12 000 Postfilialen und Postagenturen festhalten. Würden wirklich reihenweise Postagenturen gekündigt und damit die PUDLV verletzt, dann würden automatisch Strafen fällig. Wir werden da keine Ausnahme für die Post AG machen. Wir prüfen auch, ob das Strafmaß weiter erhöht werden muss.

- (B)

Wir fordern CDU/CSU und FDP auf, den offensichtlichen Populismus sofort einzustellen. Helfen Sie den Postkunden und den Betreibern der Postagenturen. Stoppen Sie ihre plumpen parteipolitischen Spielchen und ziehen Sie mit uns an einem Strang! Ihr Antrag ist überflüssig. Ihr Antrag ist eine Mischung aus Selbstverständlichkeiten und Unsinn. Die wirklich notwendigen Schritte nennt er nicht.

An die Adresse der Deutschen Post AG: Ihr müsst die PUDLV jederzeit und im vollen Umfang erfüllen. Ohne leistungsfähige Postagenturen, deren Betrieb sich auch finanziell lohnen muss, wird das nicht möglich sein. Die Post AG sollte ihren Vorteil der ortsnahen Kundenversorgung, die sie gegenüber der Konkurrenz hat, nicht mutwillig aufs Spiel setzen.

Hubertus Heil (SPD): Im ländlichen Raum, den Kleinstädten und auch in den Stadtteilen von Großstädten müssen die Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig ein erreichbares Angebot von Postdienstleistungen in Anspruch nehmen können. Das war immer unsere Position, das ist unsere Position und das wird auch immer die Position der SPD-Bundestagsfraktion sein.

Postdienstleistungen werden in erheblichem Umfang durch Postagenturen erbracht. Sie sichern die Grundversorgung dort, wo die Post diese oft nicht mehr über eigene Filialen aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen

sicherstellt. Die Postagenturen helfen damit, die nach der Post-Universaldienstleistungsverordnung bestehende Verpflichtung der Deutschen Post AG einzulösen, die Grundversorgung der Bevölkerung mit Postdienstleistungen sicherzustellen. Es existieren derzeit etwa 7 800 Agenturen, in denen circa 21 000 Arbeitsplätze entstanden sind.

Zurzeit bemüht sich die Post AG um eine Neuordnung ihrer Vertragsbeziehung zu den Agenturnehmern. Viele Agenturen und ihre Interessensvertretungen empfinden die von der Post AG vorgeschlagenen Standardverträge als „Knebelverträge“. Einige Postagenturen beklagen sogar, dass sie durch die aus diesen neuen Verträgen resultierenden Umsatzeinbußen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet seien.

Die SPD-Bundestagsfraktion beobachtet diese Entwicklung mit großer Sorge und wird darauf dringen, dass die Post AG die Bestimmungen der Verordnung in vollem Umfang bis Ende April einhalten wird. Dieses haben uns die Vertreter der Deutschen Post AG gestern in einem Gespräch und heute nochmals schriftlich zugesagt. Unsere Gespräche mit der Post AG hatten auch zum Erfolg, dass das Unternehmen zumindest in einigen Bereichen den Agenturen entgegenkommt.

So wird in der Übergangsphase der Vertragsumstellung den Agenturen im Rahmen eines Verkaufsförderungspakets eine Provision für den Verkauf von wertschöpfenden Produkten angeboten, die über 200 Prozent höher als üblich liegen. Auch wird der Abschluss eines Postbank-Girokontos oder eines Telekom-ISDN-Anschlusses mit 50 Euro statt mit 15 Euro vergütet. Flankierend wird diese Maßnahme durch umfangreiche Werbekampagnen begleitet.

Wir Sozialdemokraten konnten erreichen, dass diese ursprünglich bis September 2003 befristete Aktion für alle Partner der Post AG, die neue Verträge abschließen, auf zwölf Monate ab Vertragsumstellung verlängert wird. Des Weiteren wurden uns zusätzliche Verkaufsförderungsmaßnahmen zugesichert. Und schließlich sagte uns die Post AG zu, eine regelmäßige Überprüfung der Vergütung im Lichte der Geschäftsentwicklung vorzunehmen, um diese gegebenenfalls anzupassen.

Wir erwarten allerdings über diese Zusagen hinaus von der Post AG, die Neuordnung des Vertragsverhältnisses mit den Agenturen so lange auszusetzen, bis die Prüfung des Bundeskartellamtes abgeschlossen ist.

An den uns vorliegenden Anträgen von CDU/CSU und FDP irritiert uns, dass diese Parteien der von uns verschärften PUDLV damals nicht zugestimmt haben, sich aber heute als Gralhüter dieser Verordnung aufspielen. Noch mehr irritiert uns, dass der CSU-Kollege Singhammer sich nicht einmal die Mühe gemacht hat, einen eigenen Antrag zu formulieren. Im Antrag der CDU/CSU-Fraktion wird wortwörtlich ein Antrag aus einer Sitzung des Beirates der Regulierungsbehörde für Post und Telekommunikation wiedergegeben, ohne auf die Urheberschaft hinzuweisen. Dem ist zu entnehmen, dass der neue stellvertretende Vorsitzende des Beirates die-

(C)

(D)